



Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)

Regionalgruppe Münster

Kajo Schukalla

(Arbeitskontakte am Ende des Schreibens)

www.gfbv.de

www.rg-muenster.gfbv.de

Münster, 9. Januar 2018

Liebe Freundinnen und Freunde in der Menschenrechtsarbeit,
sehr geehrte Damen und Herren,

zum Neuen Jahr eine herzlichen Gruß.

2018 wird für unsere Menschenrechtsorganisation ein ganz besonderes Jahr: Unsere Menschenrechtsorganisation wird 50 ! Damals – 1968 - starteten Tilman Zülch und Klaus Guercke mit der Aktion Biafra-Hilfe anlässlich des Krieges und Völkermordes in Biafra/ Nigeria. Seit 1970 sind wir thematisch und organisatorisch breiter aufgestellt und als Gesellschaft für bedrohte Völker bekannt geworden (Kurz zu den Anfängen siehe. <https://www.gfbv.de/de/ueber-uns/die-anderen-68-er/>).

Bereits 1968 gab es auch in Münster Unterstützer der Aktion Biafra-Hilfe. Eine GfbV-Regionalgruppe gibt es immerhin auch schon und ohne Unterbrechungen seit 41 Jahren. Gegründet wurde sie 1977 von Werner Aron, Hans-Dirk (Joschi) Joosten und mir.

An dringenden Menschenrechtsthemen zu indigenen Völkern, Glaubensverfolgten und unterdrückten ethischen und religiösen Minderheiten fehlt es heute wirklich nicht. International, auf Bundesebene und auch vor Ort in Münster versuchen wir unseren Beitrag zu leisten. Für Mitarbeit und Unterstützung sind wir dankbar. Auf ein gutes neues Jahr also.

An diesem Mittwoch findet bereits eine Informationsveranstaltung über die Menschenrechtssituation in Sri Lanka statt.

Mit herzlichem Gruß

Kajo Schukalla

1. Termine

Zur Lage der Menschenrechte in Sri Lanka

Mittwoch, 10. Januar 2018, 20 Uhr

Kirchenfoyer Münster, Salzstr.1 (Lambertikirchplatz), 48143 Münster
Referent: Lutz Löher , Moderation Kajo Schukalla

Der lange und sehr blutige Bürgerkrieg ist erst acht Jahre her, doch noch immer ist der südasiatische Inselstaat nicht zur Ruhe gekommen. Zwischen den mehrheitlich buddhistischen Singhalesen und den überwiegend hinduistischen Tamilen schwelt noch immer der Konflikt. Vor allem die im Krieg unterlegenen Tamilen beklagen weiterhin schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen durch den Staat. Und es fehlt an gemeinsamen Bemühungen um Frieden und Versöhnung.

Der Referent hat 1978 den Arbeitskreis Sri Lanka e.V. Münster gegründet, der bis heute zahlreiche Entwicklungsprojekte in Kooperation mit Einrichtungen der katholischen Kirche in Sri Lanka gefördert und realisiert hat.

Zur jüngsten Publikation von Lutz Löher:

Menschenrechte in Sri Lanka. Große Altlasten und geringe Fortschritte auf dem Weg zum Rechtsstaat. (Menschenrechte.Heft 65). Aachen 2017

<https://www.missio-hilft.de/media/thema/menschenrechte/studie/65-sri-lanka.pdf>

Eine Kooperationsveranstaltung der Gesellschaft für bedrohte Völker – RG Münster mit dem Ökumenischen Zusammenschluss christlicher Eine-Welt-Gruppen Münster.

**Gesellschaft für bedrohte Völker – Münster,
die nächsten offenen Arbeitstreffen**

Donnerstag, 11. Januar 2018, 20 Uhr

und

Donnerstag, 1. Februar 2018, 20 Uhr

Die Brücke – International Office, Raum 107
Wilmergasse 2 (Ecke Schlossplatz),
48143 Münster

Beim ersten Treffen werden wir uns vor allem mit Planungsfragen und kurzinformationen aus der Menschenrechtsarbeit beschäftigen. Über Ideen und praktische Unterstützung freuen wir uns immer.

Interessierte sind herzlich willkommen !

Menschen haben Rechte – weltweit! Situation und Perspektiven

Freitag bis Sonntag, 12.-14. Januar 2018,

Haus Villigst, Evangelische Akademie, Iserlohner Str. 25, 58239 Schwerte

Auf der Flucht vor Gewalt und Zerstörung, schutzlos gegenüber dem Raub von Lebensgrundlagen wie Land und Wasser, hinter Gittern wegen staatlicher Willkür oder der "falschen" Meinung, bedroht aufgrund von Zugehörigkeit zur "falschen" Religion, Arbeiten in der Textilfabrik für einen Lohn, der zum Leben nicht reicht, Mangelernährung und Hunger: Menschenrechte werden auch im 21. Jahrhundert missachtet. 70 Jahre nach der

Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sind sie weit davon entfernt, weltweit akzeptiert oder sogar wirksam zu sein. Im Gegenteil: Aufrüstung an den EU-Außengrenzen, Klimawandel, Schwächung internationaler Organisationen, rassistische Stimmungsmache, Populismus und vieles mehr führen dazu, dass Menschenrechtsmissachtungen zunehmen. Dabei stehen die Menschenrechte in gleicher Weise allen Menschen zu. Sie gehen von dem Grundsatz der "angeborenen Würde" und der "gleichen Rechte" aller Menschen aus.

Information und Anmeldung: www.kircheundgesellschaft.de/veranstaltungen/

http://www.kircheundgesellschaft.de/veranstaltungen/einzelansicht/?tx_events_pi1%5Bevent%5D=1662#anmeldung

Programmübersicht:

http://www.kircheundgesellschaft.de/uploads/tx_events/180002_Menschen_haben_Rechte_weltweit.pdf

Neujahrsempfang des Eine-Welt-Forum Münster

Sonntag, 21. Januar 2017, 11 Uhr

Café Weltbühne in der Evangelischen Studierendengemeinde Münster
Breul 43, Münster

Neben kulturellen Darbietungen wird leckeres syrischen Essen geboten. Seit einigen Jahren ist der EWF-Neujahrsempfang zu einem anregenden Auftakt im neuen Jahr geworden.

Zur bessere Planung wird eine Anmeldung erbeten an: Klaus.B2964@web.de

Friedensmahnwache

Freitag, 26. Januar 2018, ab 16 Uhr

Kirchenfoyer und Lambertikirchplatz
Gesprächskreis 16-17 Uhr im Kirchenfoyer
Mahnwache vor der Lambertikirche ab 17 Uhr
Kontakt: Bernhard Korn, E-mail: kornb@muenster.de

Bitte vormerken:

Eine Welt Landeskonzferenz NRW

Freitag bis Samstag, 9. - 10. März 2018

Gustav-Stresemann-Institut (GSI) Bonn
<http://www.gsi-bonn.de/>

Suche Frieden

101. Deutscher Katholikentag

Mittwoch bis Sonntag, 9. - 13. Mai 2017 in Münster

Das Großereignis, zu dem etwa 30.000 Gäste in Münster erwartet werden, soll auch zahlreiche Foren zu Menschenrechts- und Eine-Welt-Themen bieten. Noch ist das Programm in Arbeit.

Es werden noch Gastgeber gesucht.

Wer am Katholikentag teilnehmen möchte, für den sind Frühbucherrabatte interessant.
<http://www.vorbereitung-katholikentag2018.de/startseite/>

GfbV-Jahreshauptversammlung

Freitag bis Sonntag, 5. - 7. Oktober 2018

Am Samstag wird das 50jährige Jubiläum unserer Menschenrechtsorganisation gefeiert werden.

Göttingen

Aktuelle Hinweise finden sich auf unserer Internetseite www.gfbv.de

2. Berichte, Presseerklärungen und Hinweise

Frieden und Bildung zuerst

Darfur-Hilfe tagte in Münster

(gekürzt in WN und MZ, Jan. 2018)

Die bundesweit tätige Darfur-Hilfe e.V. traf sich zur Mitgliederversammlung in Münster. Neben Analysen der aktuellen Konfliktsituation in Sudan-Darfur stand das Projekt einer weiterbildenden Schule im Mittelpunkt der Gespräche. Die 2004 in Münster mit Unterstützung der Gesellschaft für bedrohte Völker Münster gegründete Darfur-Hilfe konzentriert sich auf Bildungsprojekte im Raum Tiné / Tschad an der sudanesischen Grenze, wohin viele Menschen aus Darfur vor Völkermord und Krieg geflohen sind. Bewusst wurden und sind die Aktivitäten auf die Flüchtlingslager an der sudanesischen Grenze im Tschad konzentriert, da eine unabhängige humanitäre Arbeit im Sudan nicht möglich war noch ist.



Derzeit besuchen etwa 1200 Schülerinnen und Schüler die von der Darfur-Hilfe ab 2007 gebaute weiterführende Schule, der auch eine Vorschule angegliedert ist. Das engagierte Lehrerkollegium bereitet die Flüchtlingskinder auf eine bessere, hoffentlich friedlichere Zukunft vor. Der Renovierungs- und Ausbaubedarf der Schule ist noch groß. Auch die Toiletten müssen erneuert werden und angegliederte provisorische Klassenräume befinden sich in einem schlechten Zustand. Die periphere Lage, eine schwierige Sicherheitslage und große Kommunikationsprobleme behindern jedoch nach Angaben des Vorsitzenden Adam Ibrahim Eltom die praktische Zusammenarbeit erheblich. Eine korrekte Arbeit des Vereins bestätigte Rechnungsprüferin Ulrike Kuhlmann der Schatzmeisterin Doris Heineck.

Mit einer Schweigeminute gedachte die Versammlung Mohammed Zakaria Targoni, der 2017 überraschend gestorben ist. Der in Duisburg tätige Diplom-Ingenieur und Lehrer war seit vielen Jahren humanitär wie menschenrechtspolitisch zu Darfur aktiv, unterstrich Kajo Schukalla, Vizevorsitzener der humanitären Organisation.

Bild: Das Lehrerkollegium der weiterbildenden Schule in Tiné bereitet Flüchtlingskindern auf eine bessere Zukunft vor.

Monastir-Partnerschaftverein gegründet

Am 7. Dezember fand nach langen Vorbereitungen die Gründung des Freundeskreises Münster-Monastir als eingetragener Verein statt. Die Stadt Münster ist bereits seit 1969 mit der tunesischen Stadt Monastir partnerschaftlich verbunden. Diese bislang einzige Städtepartnerschaft Münsters in den Globalen Süden war bislang – als einige – noch nicht durch einen Partnerschaftsverein in Münster vertreten.

Bereits 2016 hatte der Beirat für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Stadt Münster dieses Thema angesichts neuer Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Zusammenarbeit aufgegriffen. Anfang 2017 fanden dann im Rahmen eines Delegationsbesuchs in Monastir Gespräche auch über nichtstaatliche Kooperationsmöglichkeiten statt. Wir hoffen, in diesem Jahr kommt Schwung in die Zusammenarbeit. Interessierte sind zur Mitarbeit herzlich willkommen.

Wer mitmachen möchte, melde sich bitte per E-mail: Monastir.Partnerschaft@gmail.com
KjS

Ausgewählte aktuelle GfbV-Pressemitteilungen

Burma: Anklage gegen Reuters-Journalisten ist „dramatischer Verfall der Pressefreiheit“

Aung San Suu Kyi verwandelt sich von einer Ikone der Menschenrechte zur Feindin der Pressefreiheit

GfbV-Pressemitteilung, 10.1.2018

Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi warf die GfbV vor, von einer Ikone der Menschenrechte zu einer Feindin der Pressefreiheit geworden zu sein, seit sie im April 2016 als Staatsrätin einflussreichste Politikerin des Landes wurde.

Nach der Bekanntgabe der Anklage gegen zwei inhaftierte Journalisten der Nachrichtenagentur Reuters hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) den dramatischen Verfall der Pressefreiheit in Burma beklagt. Gleichzeitig forderte die Menschenrechtsorganisation nachdrücklich die sofortige Freilassung der Reporter, deren Recherchen entscheidend zu der umfassenden Medienberichterstattung über den Massenexodus von Rohingya aus Burma beigetragen haben.

Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi warf die GfbV vor, von einer Ikone der Menschenrechte zu einer Feindin der Pressefreiheit geworden zu sein, seit sie im April 2016 als Staatsrätin einflussreichste Politikerin des Landes wurde. „Der Prozess gegen die beiden Journalisten, die nur professionell ihre Arbeit getan haben, ist ein Anschlag auf die Pressefreiheit. So sollen Journalisten gezielt eingeschüchert werden, die auf der Suche nach der Wahrheit sind und sich nicht von mächtigen Militärs ihre Sicht der Dinge vorschreiben lassen wollen“, erklärte der GfbV-Direktor Ulrich Delius am Mittwoch in Göttingen.

Im Jahr 2017 wurden mindestens zwölf Journalisten in Burma aus politischen Gründen festgenommen. Dutzende Bürger-Journalisten und Blogger wurden wegen vermeintlicher Diffamierungen und Verletzungen der Persönlichkeitsrechte juristisch belangt.

„Es ist besonders absurd und befremdend, dass die beiden Journalisten auf der Grundlage eines mehr als 90 Jahre alten Kolonialgesetzes verurteilt werden sollen“, erklärte Delius. Die Anklage beruht auf einem Geheimhaltungsgesetz der britischen Kolonialmacht aus dem Jahr 1923. Den beiden Journalisten Wa Lone und Kyaw Soe Oo drohen bis zu 14 Jahren Haft, wenn ihr Prozess voraussichtlich am 23. Januar 2018 eröffnet wird. Sie wurden fast vor einem Monat am 12. Dezember 2017 festgenommen und trotz der Appelle zahlreicher ausländischer Regierungen nicht freigelassen. Erst gestern hatte sich der frühere US-Präsident Bill Clinton für ihre Freilassung eingesetzt.

Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen schweigt bei China-Besuch zur Verletzung der Religionsfreiheit

ÖRK meidet Kontakt zu „inoffiziellen“ Christen in China - Behörden reißen Hauskirche in Shanxi nieder

GfbV-Pressemitteilung, 10.1.2018

Der ÖRK-Generalsekretär Olav Fykse Tveit huldigt bei seiner derzeitigen China-Reise den wirtschaftlichen Erfolgen von Chinas KP-Führung, während zeitgleich von den Behörden Kirchen niedergerissen und protestierende Gläubige unter Hausarrest gestellt werden.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat dem Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) vorgeworfen, die Verfolgung von Christen in China zu ignorieren. Außerdem kritisierte die Menschenrechtsorganisation, dass der ÖRK keinen Kontakt zu nicht offiziell anerkannten kirchlichen Stellen in der Volksrepublik aufgenommen habe. „Der ÖRK-Generalsekretär Olav Fykse Tveit huldigt bei seiner derzeitigen China-Reise den wirtschaftlichen Erfolgen von Chinas KP-Führung, während zeitgleich von den Behörden Kirchen niedergerissen und protestierende Gläubige unter Hausarrest gestellt werden. Statt für unterdrückte und misshandelte Christen einzutreten, biedert sich der ÖRK bei ihren Verfolgern an“, kritisierte der GfbV-Direktor Ulrich Delius am Mittwoch in Göttingen. Die ÖRK-Delegation besucht vom 7. bis 16. Januar 2018 die Volksrepublik. Treffen mit nicht offiziell registrierten Kirchenvertretern und Gläubigen sind nicht vorgesehen.

Am Dienstag wurde in der Stadt Linfen in der Provinz Shanxi trotz der Proteste von vielen Gläubigen die Hauskirche Goldener Leuchter von den Behörden zerstört. Das im Jahr 2009 nur mit Spenden von Gemeindemitgliedern errichtete imposante Gotteshaus wurde von einem großen Sicherheitsaufgebot hermetisch abgeriegelt und dann von einem Sonderkommando gesprengt. Protestierende Gläubige wurden unter Hausarrest gestellt. Seit dem Bau der Hauskirche war es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen Behörden und Gemeindemitgliedern gekommen. So musste der Pastor Yang Xuan dreieinhalb Jahre Haft verbüßen und seine Ehefrau Yang Caizhen wurde zwei Jahre in einem Arbeitslager festgehalten.

In der Region Xinjiang wurde Silvester in der Stadt Qingshuihe eine protestantische Kirche von den Behörden geschlossen. In der Stadt Xian (Provinz Shenxi) wurde zeitgleich ein katholisches Gotteshaus niedergerissen.

„Für den ÖRK-Generalsekretär scheint diese Verfolgung kein Problem zu sein. Er preist China, weil das Land in 30 Jahren die meisten Christen in der Welt zählen könnte. Er übersieht dabei allerdings, dass dies zumeist Gläubige sein werden, die nicht offiziell anerkannten Religionsgemeinschaften nahestehen“, erklärte Delius. „Diese selektive Wahrnehmung der schwierigen Lage der Christen in China ist zynisch und hilft nur ihren Verfolgern. Chinas Christen ist nur mit deutlichen Worten geholfen, die die Machthaber der Volksrepublik an die verfassungsrechtlich garantierten Rechte der Gläubigen erinnern.“

Deutschland will Berufsschulen im Westen des Sudan aufbauen

„Irreführend und nicht nachhaltig“ – Menschenrechtler kritisieren GIZ-Projekt in der Genozid-Region Darfur

GfbV-Pressemitteilung, 9.1.2018

Es ist bedauerlich, dass nun auch die GIZ mit ihrem Engagement den Eindruck erweckt, als ob es in Darfur nur ein Armutsproblem gibt.

Das neue Entwicklungsengagement Deutschlands in der Genozid-Region Darfur im Westen des Sudan hält die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) für „irreführend“ und „nicht nachhaltig“. „Entwicklungshilfe macht nur Sinn, wenn es Frieden und Rechtsstaatlichkeit gibt. Davon kann in Darfur keine Rede sein. Entwicklungsprojekte sind dort sogar gefährlich, weil sie den Eindruck der Normalität vermitteln, die es in Darfur 15 Jahre nach Beginn des Genozids noch immer nicht gibt“, kritisierte der GfbV-Direktor Ulrich Delius am Dienstag in Göttingen. „Mit den neuen Projekten spielt Deutschland den Verantwortlichen für diese schwersten Menschenrechtsverletzungen in die Hände, die von der anhaltenden Gewalt und Rechtlosigkeit nur zu gerne ablenken wollen.“

Am Sonntag hatte der deutsche Botschafter im Sudan, Ulrich Klöckner, eine Vereinbarung mit der sudanesischen Regierung über den Bau von Berufsschulen in Darfur durch die bundeseigene Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) unterzeichnet. Deutschland will das Projekt mit sechs Millionen Euro fördern. Dieses Engagement ist Teil eines größeren Stabilisierungsprogramm der GIZ für den Sudan, mit dem Entwicklung gefördert und die Flucht nach Europa eingedämmt werden soll.

„Berufsschulen werden niemanden davon abhalten, in ein Nachbarland oder und nach Europa zu fliehen, solange Willkür und Verfolgung das Leben der Menschen in Darfur bestimmen“, sagte Delius. „In dieser Region werden selbst sudanesisches Gesetze systematisch missachtet, und Warlords terrorisieren mit ihren bewaffneten Milizen die Zivilbevölkerung. Da greift jede Entwicklungshilfe zu kurz.“

Auch sudanesischen Behörden würden verhindern, dass junge Darfuris eine angemessene Ausbildung und Anstellung bekommen, berichtete Delius. So seien in den vergangenen zwei Jahren Dutzende Studenten aus Darfur aufgrund ihrer ethnischen Abstammung von sudanesischen Universitäten gewiesen worden. Zahlreiche Studenten werden als politische Gefangene festgehalten.

In Darfur ist die Lage der Zivilbevölkerung noch immer katastrophal. Mehr als drei Millionen Darfuris sind auf der Flucht. Die sudanesischen Regierung betreibt die Schließung ihrer Flüchtlingslager, um den Anschein von Normalität zu erwecken. Bislang waren es vor allem Geldgeber aus der arabischen Welt, die den Sudan mit Entwicklungsprojekten dabei unterstützten. „Es ist bedauerlich, dass nun auch die GIZ mit ihrem Engagement den Eindruck erweckt, als ob es in Darfur nur ein Armutsproblem gibt“, erklärte Delius.

Indien: Hindu-Nationalisten im Kreuzfeuer der Kritik

Massenproteste in Indien - Dalits beklagen anhaltende Diskriminierung

GfbV-Pressemitteilung, 4.1.2018

Die rund 200 Millionen Dalits, die früher auch „Unberührbare“ genannt wurden, hatten große Hoffnungen in den Hindu-nationalistischen Premierminister Modi gesetzt, als er im Mai 2014 sein Amt antrat.

Nach Massenprotesten von Dalits in Indien hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) Premierminister Narendra Modi aufgefordert, die anhaltende Diskriminierung dieser besonders benachteiligten Bevölkerungsgruppe engagierter zu bekämpfen und sich von der Gewalt Hindu-nationalistischer Extremisten gegen Minderheiten öffentlich zu distanzieren. „Indien drohen vor den Wahlen im kommenden Jahr unruhige Zeiten, wenn die Übergriffe von Hindu-Nationalisten auf Dalits, Christen und Muslime nicht endlich konsequent bestraft und öffentlich verurteilt werden. Dringend muss der Schutz der Minderheiten in Indien verbessert werden, um Hass-Verbrechen und Übergriffe auf Nicht-Hindu einzudämmen“, erklärte der GfbV-Direktor Ulrich Delius am Donnerstag in Göttingen. Hunderttausende Dalits haben in den vergangenen zwei Tagen in Mumbai gegen Übergriffe von Hindu-Nationalisten und für ein Ende ihrer Diskriminierung protestiert. Dabei kam der Verkehr in der Millionen-Metropole weitgehend zum Erliegen.

Ausgelöst wurden die Massenproteste durch den gewaltsamen Tod des 28-jährigen Dalit Rahul Phatangale. Er wurde am 1. Januar 2018 bei einer öffentlichen Gedenkfeier anlässlich des 200. Jahrestages der Schlacht von Bhima-Koregaon im Bezirk der Millionenstadt Pune von mutmaßlichen Hindu-Nationalisten getötet. Bei der Schlacht besiegten Dalits im Jahr 1818 gemeinsam mit britischen Soldaten Angehörige einer höherrangigen Kaste.

Die rund 200 Millionen Dalits, die früher auch „Unberührbare“ genannt wurden, hatten große Hoffnungen in den Hindu-nationalistischen Premierminister Modi gesetzt, als er im Mai 2014 sein Amt antrat. Doch ihre Erwartungen auf einen Abbau ihrer Diskriminierung und eine Verbesserung ihrer sozialen Lage erfüllten sich nicht. Neben Benachteiligungen im Schulsystem und bei der Vergabe von Arbeitsstellen gibt es immer mehr rassistisch motivierte Übergriffe von Hindu-Extremisten wie Morde, Vergewaltigungen, Entführungen und Brandschatzungen. Noch immer ist die Arbeitslosigkeit unter Dalits doppelt so hoch wie im Landesdurchschnitt. Ihre wachsende Unzufriedenheit über ihre katastrophale Lage entlädt sich immer häufiger in öffentlichen Protesten. Allein im Bundesstaat Maharashtra gab es im Jahr 2016 fast 60 öffentliche Proteste von Dalits.

Unter Übergriffen von Hindu-Extremisten leiden auch religiöse Minderheiten in Indien. „Christen und Muslime prangern die zunehmende Gewalt immer massiver an. Wenn die indische Regierung diesen Extremismus nicht endlich konsequent eindämmt, droht Asiens größter Demokratie wachsende Instabilität“, warnte Delius.

Israel will afrikanische Flüchtlinge loswerden

Drohende Abschiebung von 35.000 Eritreern und Sudanesen ist „menschenverachtend und völkerrechtswidrig“

GfbV-Pressemitteilung, 3.1.2018

Das Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) hat ebenfalls massive Kritik an dem Programm geübt und Israel an seine Verpflichtung aus der Genfer Flüchtlingskonvention erinnert.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat die von Israel geplante Abschiebung von 35.000 Flüchtlingen aus Eritrea und dem Sudan als „menschenverachtend und völkerrechtswidrig“ scharf kritisiert. „Diese Abschiebungen verstoßen gegen die Genfer Flüchtlingskonvention, deren Vertragsstaaten sich verpflichtet haben, Flüchtlingen bei schwersten Menschenrechtsverletzungen Schutz zu gewähren. Die Eritreer und Darfuris, die jetzt von Abschiebung bedroht sind, sind vor Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord geflohen. Sie brauchen Schutz und nicht neue Unsicherheit“, erklärte der GfbV-

Direktor Ulrich Delius am Mittwoch in Göttingen.

Israel hat zum Jahresbeginn angekündigt, ab sofort rund 35.000 afrikanische Flüchtlinge zur Ausreise aufzufordern. Rund 27.500 von ihnen sind Eritreer und 7.800 Darfuris aus dem Sudan. Sie sind von 2006 an in Israel eingetroffen. Sollten sie jetzt nicht innerhalb von drei Monaten ausreisen, droht ihnen unbegrenzte Haft in Israel. Den Flüchtlingen soll zur Wahl gestellt werden, entweder in ihr Heimatland oder in die Drittländer Ruanda und Uganda auszureisen. Jeder Flüchtling soll bei der vermeintlich „freiwilligen“ Ausreise 3.500 US-Dollar erhalten. Ausgenommen von dem Programm sind Kinder, alte Menschen sowie gefolterte Opfer von Menschenhändlern.

„Dieses umstrittene Programm wälzt die Verantwortung für die Flüchtlinge nicht nur auf afrikanische Staaten ab, sondern es schürt auch den Menschenhandel krimineller Schleuser, statt ihn wirksam zu bekämpfen“, kritisierte Delius. „Uns sind viele Fälle bekannt, in denen aus Israel abgeschobene Eritreer ihre Abschiebepremie benutzten, um sich erneut von Menschenhändlern die Flucht nach Europa zu erkaufen.“ Viele dieser eritreischen Flüchtlinge endeten auch in Folterkellern libyscher Warlords und Menschenhändler oder wurden vom „Islamischen Staat“ bei der Flucht aufgegriffen und ermordet.

Mit den Regierungen von Ruanda und Uganda hat Israel verhandelt. Ruandas Regierung hat sich zur Aufnahme von 10.000 Flüchtlingen bereit erklärt und soll für jeden aufgenommenen Flüchtling 5.000 US-Dollar erhalten. „Freiwillig aus Israel in beide Staaten ausreisende Flüchtlinge mussten in den vergangenen drei Jahren erleben, dass weder Ruanda noch Uganda ihnen langfristig Schutz bieten können und wollen“, warnte Delius.

Auch in Israel kritisierten zahlreiche Menschenrechtsorganisationen die Vereinbarungen mit den Regierungen Ruandas und Ugandas. Das Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) hat ebenfalls massive Kritik an dem Programm geübt und Israel an seine Verpflichtung aus der Genfer Flüchtlingskonvention erinnert.

Kongo: Gewalt gegen Demonstranten ist schlimmer als zu Zeiten von Diktator Mobutu

Schwere Vorwürfe gegen kongolesische Regierung

GfbV-Pressemitteilung, 1.1.2018

Wenn Gläubige von Sicherheitskräften an der Teilnahme an heiligen Messen gezielt gehindert werden, Polizisten in Kirchen Tränengas einsetzen und Priester und Messdiener verhaftet werden, dann verspielt Kongos Staatspräsident Joseph Kabila jede Glaubwürdigkeit.

Nach der blutigen Niederschlagung von friedlichen Demonstrationen katholischer Christen hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) der Regierung des Kongo vorgeworfen, die Meinungs- und Religionsfreiheit zu missachten und vollkommen unangemessene Gewalt gegen die Zivilbevölkerung einzusetzen. „Wenn Gläubige von Sicherheitskräften an der Teilnahme an heiligen Messen gezielt gehindert werden, Polizisten in Kirchen Tränengas einsetzen und Priester und Messdiener verhaftet werden, dann verspielt Kongos Staatspräsident Joseph Kabila jede Glaubwürdigkeit“, erklärte GfbV-Direktor Ulrich Delius am Neujahrstag in Göttingen. „Diese Gewalt gegen friedlich demonstrierende Christen ist schlimmer als zu Zeiten des gefürchteten Diktators Mobutu.“ Bei der Niederschlagung der Proteste wurden am Silvestertag mindestens acht Menschen getötet und 82 Personen festgenommen. Unter den Verhafteten befanden sich auch zwei Priester und 12 Messdiener.

Die Koordination des katholischen Laien-Komitees (CLC), die den landesweiten Protest katholischer Christen organisiert hatte, verurteilte den „unangemessenen Gewalteinsatz gegen friedliche Demonstranten“. „Ich verstehe nicht, wie friedliche Menschen Ziel einer solchen

Repression werden können, wie wir sie erlebt haben“, erklärte die CLC-Sprecherin Leonie Kandolo. Die CLC geht von mindestens zehn Toten bei dem Polizeieinsatz gegen die von den Behörden verbotene Demonstration aus.

Die Christen wollten nach der Messe in Demonstrationen die vollständige Umsetzung des von den Bischöfen des Landes im Dezember 2016 vermittelten Abkommens fordern, das einen Regierungsverzicht Kabilas im Jahr 2017 vorsah. Insbesondere besteht die CLC auf der Forderung, dass der amtierende Präsident nicht erneut für dieses Amt kandidiert. Doch Kabila, dessen Amtszeit offiziell am 20. Dezember 2016 endete, denkt nicht an einen Amtsverzicht und ließ erst in der letzten Woche Neuwahlen für den 23. Dezember 2018 ankündigen.

Katholische Gläubige der Gemeinde Sankt Michael im Viertel Bandalungwa im Zentrum der Hauptstadt Kinshasa reagierten schockiert auf den Einsatz von Tränengas während der Messe in ihrer Kirche. Ältere Gläubige fielen bewusstlos zu Boden und mussten von Sanitätern behandelt werden, berichteten Augenzeugen. Aber trotz des Polizei-Einsatzes setzte der Pfarrer dieser Gemeinde seine Messe fort. In der Kathedrale Notre-Dame du Congo in dem im Norden Kinshasas gelegenen Viertel Lingwala musste jedoch eine Messe abgebrochen werden, als Polizisten bei der Ankunft eines Oppositionspolitikers Tränengas im Vorraum der Kirche einsetzten.

3. Hinweise zu neuen Publikationen der GfbV

Fachzeitschrift Bedrohte Völker – Pogrom

Die **aktuelle Pogrom-Ausgabe** Nr. 302 ist dem **Schwerpunktthema Kolonialismus** gewidmet.

Die GfbV-Zeitschrift „bedrohte Völker - pogrom“ berichtet regelmäßig alle zwei Monate und aktuell über verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten, Nationalitäten sowie indigene Völker in aller Welt. Im deutschen Sprachraum gibt es kein vergleichbares Medium. Die erste Ausgabe unserer Zeitschrift erschien 1970.

„bedrohte Völker - pogrom“ gibt Opfern von Menschenrechtsverletzungen eine Stimme und nennt die Täter beim Namen. Wir zeigen Lösungen für Konflikte und ein friedliches Zusammenleben, die den Respekt für die Identität und Lebensweise von ethnischen und religiösen Minderheiten einschließen, und scheuen uns nicht vor unbequemen Forderungen.

„bedrohte Völker - pogrom“ richtet sich an politisch wache Menschen, die sich für die Bewahrung kultureller Vielfalt einsetzen. Bei uns kommen nicht nur ausgewiesene Experten, sondern auch die Betroffenen selbst zu Wort.

Tipp für Interessierte und Forschende: In unserem pogrom-Archiv liegen viele interessante und spannende Texte zu verschiedenen Regionen und Völkern. Wenn Sie etwas Bestimmtes aus der Vergangenheit suchen, schicken Sie uns eine E-Mail mit dem Stichwort, nachdem wir unser Archiv durchsuchen sollen, an redaktion@gfbv.de . Wir lassen Ihnen dann gerne die Artikel digitalisiert zukommen.

Mehr Informationen unter

<https://www.gfbv.de/de/informieren/zeitschrift-bedrohte-voelker-pogrom/>

Über diesen Link kann ein Abonnement in Auftrag gegeben werden:

<https://www.gfbv.de/de/informieren/zeitschrift-bedrohte-voelker-pogrom/zeitschrift-abo/>



Unser Bildkalender 2018: "Frei und gleich an Würde und Rechten geboren"



Frei und gleich an Würde und Rechten geboren

Lachend schlägt der tibetische Mönch die große Schamanentrommel, zwei Herero-Frauen in prächtigen Kleidern schieben ihren Einkaufswagen durch den Supermarkt und die Guaraní-Kaiowá sind so ins Gespräch vertieft, dass sie nicht auf den Fotografen achten, der von ihrem Federschmuck fasziniert die Szene einfängt. Das sind drei der außergewöhnlichen Motive im neuen Bildkalender der Gesellschaft für bedrohte Völker. 2018 porträtiert er Minderheiten, die diskriminiert, unterdrückt oder verfolgt werden, obwohl ihre Rechte seit 70 Jahren in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgeschrieben sind. (Klicken Sie hier und lernen

Sie alle 30 Artikel der Erklärung kennen.)

Da präsentieren zwei Kurdenkinder in Nordsyrien stolz ihre Schulbücher in ihrer eigenen Sprache. Kraftvoll rudert der schnauzbärtige Inuit im traditionellen Robbenfell-Parka durch den Hafen an der Küste Grönlands. Und wenn man das freundlich still lächelnde Oromo-Mädchen mit ihrem geduligen Esel ansieht, mag man sich nicht vorstellen, dass ihre Volksgruppe in Äthiopien schweren Repressionen ausgesetzt ist.

Wir laden Sie herzlich ein, auf den Rückseiten der Monatsblätter mehr über die Lage der Minderheiten zu erfahren, die wir in unserem Kalender vorstellen. Unter ihnen sind auch die Kopten in Ägypten, die Chittagong-Bergvölker in Bangladesch, die Sahrauis in der Westsahara, die Roma in Europa, die Quilombolas in Brasilien und die Belutschen in Pakistan.

Preis: 19,50 Euro (Versand kostenlos deutschlandweit)

Unterstützen Sie mit dem Kauf die Menschenrechtsarbeit der GfbV!

<https://www.gfbv.de/de/informieren/bildkalender-2018/>

Mitarbeiten und / oder Mitglied werden und Menschenrechtsarbeit stärken !

Unsere Menschenrechtsorganisation ist föderal organisiert und bietet auch die Möglichkeit, in Regionalgruppen, so in Münster, mitzuarbeiten. Wenn Sie / wenn ihr Interesse habt/ haben, reinschauen und mitmachen kostet nichts, aber hilft!

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/regionalgruppen/>

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/mitglied-werden/>

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/ehrenamtlich-engagieren/>

Spendenkonto der Gesellschaft für bedrohte Völker:

Bank für Sozialwirtschaft

IBAN DE07 2512 0510 0000 50 60 70

BIC BFS WDE 33 HAN

4. Arbeitskontakte

Gesellschaft für bedrohte Völker – Regionalgruppe Münster

Ulrike Kuhlmann,

Tel. 0251/ 5309793 (mit AB)

E-mail: ulrikekuhlmann@googlemail.com.

Dr. Kajo Schukalla

Markweg 38, 48147 Münster,

Tel. 0251/ 2390606 (mit AB),

E-mail: kajo.schukalla@gmail.com

Informationen zur GfbV-Regionalgruppe Münster

www.rg-muenster.gfbv.de

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/regionalgruppen/regionalgruppe-muenster/>

www.gfbv.de

PS. Die Adressen mit menschenrechte.weltweit@... dienen nur der Versendung, automatische Rückmails können nicht gelesen werden.

Wer aus dem Mailverteiler gestrichen werden möchte, sende mir bitte eine individuelle E-mail. Bei einfacher Rückantwort besteht die Gefahr bei Massenaussendungen, dass die Nachricht in der Fülle der individuell kaum zu bearbeitenden Sendungen verlorengeht. Dies gilt natürlich auch bei anderen wichtigen Reaktionen und Nachrichten.

